

## Spionageverdacht bringt Syrer in Haft

KARLSRUHE, 18. Dezember (ap). Auf Antrag von Generalbundesanwalt Kay Nehm ist ein syrischer Staatsbürger aus Mainz wegen Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit für einen syrischen Nachrichtendienst in Untersuchungshaft genommen worden. Das bestätigte die Bundesanwaltschaft am Dienstag in Karlsruhe. Der 42 Jahre alte Ahmad Al-Y. stehe unter dringendem Verdacht, seit 1996 in Deutschland lebende Landsleute ausforscht zu haben. Er habe versucht herauszufinden, ob die Landsleute in Opposition zur syrischen Regierung stehen.

Der Haftbefehl war bereits am 30. November 2001 vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs erlassen worden, die Verhaftung folgte am 5. Dezember. Nach der Vorführung beim Ermittlungsrichter des BGH wurde der Haftbefehl gegen Ahmad Al-Y. bestätigt und der Beschuldigte in Untersuchungshaft genommen.

Der Haftbefehl gegen einen zweiten Verdächtigen wurde dagegen aufgehoben.

## Wowereit muss auf Finanzsenator

SPD-Politikerin tritt nicht mehr an / Rot-rot vereinbart Präambel

Von Jörg Schindler

Als „Signal an die Stadt“ wollen beide Parteien ihrem Koalitionsvertrag eine Präambel beifügen, die den Ängsten vor einer Regierungsbeteiligung der Postkommunisten Rechnung trägt. Finanzsenatorin Christiane Krajewski (SPD) teilte indessen mit, dass sie für den neuen Senat nicht zur Verfügung steht.

BERLIN, 18. Dezember. Die Verhandlungen über eine rot-rote Koalition in Berlin stehen kurz vor dem Abschluss. Wie die FR am Dienstag aus Verhandlungskreisen erfuhr, gibt es zwischen SPD und PDS keine grundlegenden Differenzen mehr über den letzten großen Streitpunkt, die Absenkung der Personalkosten.

Eine endgültige Klärung soll am heutigen Mittwoch ein Gespräch mit Gewerkschaftsvertretern bringen, das auf Drängen der PDS anberaumt wurde. Regierungschef Klaus Wowereit (SPD)

wollte ursprünglich erst nach der Senatswahl im Januar mit der Arbeitnehmerlobby reden. Die Senkung der Personalkosten war noch Anfang der Woche von beiden Parteien als heikler Streitfall bezeichnet worden. Die SPD drängt darauf, bis 2006 zwei Milliarden Mark einzusparen. Zu diesem Zweck soll den Gewerkschaften unter anderem der Verzicht auf Tarifsteigerungen und das 13. Monatsgehalt abverlangt werden. Die PDS hielt zwei Milliarden bislang für unrealistisch und betonte, eine Vereinbarung sei „nur mit, nicht gegen die Gewerkschaften“ zu erreichen. Inzwischen liegt ein Kompromissvorschlag auf dem Tisch, der DGB und ver.di unterbreitet werden soll.

Die Delegationen von SPD und PDS erzielten am Dienstag Einigungen in etlichen weiteren Teilbereichen des Koalitionsvertrages, darunter Frauen, Soziales und Gesundheit. Noch nicht abschließend besprochen wurde die Frage der Postenverteilung im neuen Senat. Aber auch dort

## Türken als bessere Deutsche

Studie beschreibt große Verbundenheit mit der neuen Heimat

Von Vera Gaserow (Berlin)

Wenn repräsentativ ist, was die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung jetzt herausgefunden hat, dann sind die Türken die besseren Deutschen.

Rudolf Scharping könnte sich auf sie verlassen, Otto Schily sollte ihnen den deutschen Pass am goldenen Band verleihen. Edmund Stoiber dürfte ihnen getrost Bayerns Grenzen öffnen: Türken schätzen die deutsche Gesellschaftsordnung weit mehr als ihre deutschen Nachbarn es tun, und wenn das Land durch einen militärischen Angriff in Gefahr geriete, dann stünden sie zur aktiven Verteidigung bereit. Die zwei Millionen Türken in Deutschland stehen loyal hinter Staat und Gesellschaft – so das jüngste Fazit der Studie „Türken in Deutschland“, die die Stiftung am Dienstag präsentierte.

Die vielleicht überraschende Erkenntnis basiert aber auf dürrer Datenbasis. Nur 326 türkische Haushaltsmitglieder wurden dazu befragt. Ein kleines, dazu sehr ausgewähltes Spektrum der türkischen Community, denn die Hälfte der zu befragenden Personen hatte den Forschern der Stiftung von vornherein eine Absage erteilt. Unter denen, die zur Antwort bereit waren, sind überdies die eingebürgerten Türken überrepräsentiert.

Die Antworten dürften dennoch so manches Politikerherz höher schlagen lassen: Die türkischstämmigen Migranten fühlen

sich Deutschland in hohem Maß verbunden. Der Türkei stehen die meisten zwar loyaler gegenüber, doch zumindest bei den eingebürgerten Türken überwiegt die Verbundenheit mit Deutschland.

Würde Deutschland durch ein islamisches Land wie Libyen oder Irak angegriffen, wäre die Hälfte der türkischstämmigen Migranten zum aktiven Verteidigungsbeitrag bereit. Zum Vergleich: Nur 42 Prozent der Ostdeutschen wollten vor dem 11. September die deutsche Gesellschaftsordnung verteidigen.

Neun von zehn Befragten türkischer Herkunft waren darüber hinaus der Ansicht, in einer gerechten oder zumindest teilweise gerechten Gesellschaft zu leben. Die Deutschen selbst urteilen da deutlich strenger. Gerade mal 50 Prozent wännen sich in einem einigermaßen gerechten Staatswesen. Auch mit der Demokratie sind die türkischstämmigen Bürger zufriedener als die gebürtigen Deutschen, obwohl die Mehrzahl bereits Diskriminierung als Ausländer erfahren hat.

Relativ hohes Vertrauen genießen der Studie zufolge auch die staatlichen Institutionen, allen voran die deutsche Justiz mit 55 Prozent, die Bundesregierung mit 49 und die Polizei mit 45 Prozent. Nur die Bundeswehr schneidet, der Verteidigungsbereitschaft zum Trotz, bei den Türken miserabel ab. Überraschend vielleicht auch dies: In der Beliebtheitskala liegen die türkischen Medien zwar weiterhin oben. Doch geglaubt wird eher den deutschen.



Sternsinger

Artig bedankt sich Kanzler Gerhard Schröder für das Ständchen, das ihm etwa 100 Sternsinger im Kanzleramt dargebracht haben. (Bild:ap)